

Indien - China - USA: Das neue Mächtedreieck Asiens

Kreft, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreft, H. (2004). Indien - China - USA: Das neue Mächtedreieck Asiens. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 205-238. <https://doi.org/10.11588/ijb.2004.0.1349>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-ijb-13498>

Indien – China – USA: Das neue Mächtedreieck Asiens

Heinrich Kreft¹

1 Die Entstehung eines neuen Mächtedreiecks in Asien seit Ende des Kalten Krieges

Das Ende des Kalten Krieges führte nicht nur in Europa zu erheblichen politischen Veränderungen und Machtverschiebungen, sondern auch in Asien. Hinzu kam, dass zeitgleich mehrere Länder und Regionen Asiens einen beispiellosen wirtschaftlichen Boom erlebten.

1.1 Der Untergang der Sowjetunion

Der wichtigste Einzelfaktor für die Veränderung der politischen Landschaft in Asien war der Zusammenbruch der Sowjetunion und das sich daran anschließende Schwinden des russischen Einflusses in Südasien. Die UdSSR war lange Zeit der wichtigste Verbündete Indiens gewesen, festgeschrieben im indisch-sowjetischen Vertrag von 1971, in dem Moskau Indiens Schutz garantierte. Allerdings wurde dieses Abkommen bereits Ende der 1980er-Jahre durch die Bemühungen Gorbatschows unterhöhlt, die sowjetischen Beziehungen zu China zu verbessern. Die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der Sowjetunion war Anfang der 1990er-Jahre kaum noch in der Lage, den sowjetischen Einfluss in Südasien aufrecht zu erhalten. Der ökonomische Niedergang Moskaus ging auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR weiter, die russische Marine war nie in der Lage, die Rolle ihrer sowjetischen Vorgängerin im Indischen Ozean zu übernehmen.

Die indisch-russischen Beziehungen laborieren auch heute noch an den Folgen der Auflösung der Sowjetunion, mit der Indien seinen bis dahin wichtigsten politischen und auch ökonomischen Partner verloren hat. 1993 verständigten sich beide Länder auf einen neuen Freundschaftsvertrag, der ihre politischen und wirtschaftli-

¹ Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

chen Beziehungen an die veränderten globalen Bedingungen anpasste. Russland unterstützt den Aufstieg Indiens zur führenden Macht in Südasien, da es damit eine Relativierung des US-amerikanischen Einflusses in dieser Region, letztlich aber auch eine Ausbalancierung des wachsenden chinesischen Einflusses in der Region verbunden sieht. In den indisch-russischen Beziehungen stehen derzeit folgende Aspekte im Vordergrund: Im sicherheitspolitischen Bereich ist die Sorge um eine Destabilisierung Zentralasiens dem gemeinsamen Interesse gewichen, bei der Neugestaltung Afghanistans mitzuwirken. Indien ist aufgrund seiner traditionell engen Rüstungskoooperation mit Russland auch heute noch in hohem Masse auf russische Waffensysteme und Ersatzteile dafür angewiesen. Russische Waffen sind zudem preiswert. Angesichts seines maroden militärisch-industriellen Komplexes kann Russland auf den Export seiner Rüstungsgüter nicht verzichten.

Tab. 1: Russische Waffenexporte nach Zielland im Jahr 2000

Zielland	Anteil an den Gesamtwaffenexporten
China	49,6
Indien	22,5
Vereinigte Arabische Emirate	8,0
Algerien	2,7
Weißrussland	2,4
Vietnam	1,7
Syrien	1,7
andere	5,3

Quelle: IISS, *The Military Balance 2001/2002*, Tabelle 17, S.111.

1.2 Die politische Umorientierung Indiens

Das Ende des Kalten Krieges setzte auch in Indien einen Umdenkprozess in Gang. Die traditionelle indische Politik der Blockfreiheit war im Kontext des Ost-West-Konflikts definiert worden und also mit dem Ende des kalten Krieges ihrer Koordinaten beraubt und so obsolet. An ihre Stelle trat ein realistischer Ansatz indischer Außenpolitik auf der Basis nationaler Interessen. Dieser neue Ansatz ließ auch ein Nachdenken über eine militärische und politische Kooperation mit den USA zu, lange Zeit ein Tabu in Delhi. Auf der Wirtschaftsseite wurde zeitgleich damit begonnen, das bisherige ökonomische Modell basierend auf Autarkie und Staatswirtschaft in Frage zu stellen. Hinzu kam, dass der Golfkrieg von 1991 zu einem Zusammenbruch der Transferzahlungen indischer Arbeitnehmer in der Golfregion führte. Dieser führte zur Entscheidung, die indische Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft zu

integrieren. Hierzu waren verbesserte Beziehungen zu den USA nützlich. Von 1990 bis 2000 stieg der indisch-US-amerikanische Handel um 264 Prozent.²

1.3 Das US-amerikanische „disengagement“ in Pakistan

Das Ende der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Pakistan im Jahre 1990 als US-Reaktion auf das pakistanische Nuklearprogramm beseitigte einen seit langem bestehenden Hinderungsgrund für die US-amerikanisch-indische Kooperation im strategischen Bereich. Durch den Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan im Jahre 1989 war Islamabad für Washington fortan von geringerer Bedeutung.

1.4 Der Aufstieg Chinas

Chinas schnellen wirtschaftlichen Aufstieg nach der Öffnung 1979 und das „ökonomische Abhängen“ Indiens hat in Delhi die Diskussion über den eigenen wirtschaftspolitischen Kurs beflügelt. Im Jahre 1980 betrug das indische Bruttonationalprodukt 133 Prozent des chinesischen. In 1996 hatte sich das Bild vollständig gedreht. Die indische Wirtschaft umfasst nur noch 68 Prozent der chinesischen Wirtschaftsleistung.³ Diese Entwicklung fand ihre Parallele bei den Direktinvestitionen. Im Jahre 1982 betrug der Nettozufluss von Direktinvestitionen in Indien 72 Mio. US\$ und damit schon damals nur 16,7 Prozent des entsprechenden Zuflusses nach China. In 1995 hatte sich Chinas Vorsprung in diesem Bereich derartig vergrößert, dass der Zufluss nach Indien nur sechs Prozent des Zuflusses nach China ausmachte. Laut Weltbank betrug der indische Zufluss an FDI (Foreign Direct Investment) für den gesamten Zeitraum von 1982 bis 1999 nur 5,4 Prozent des Nettozuflusses nach China. Dies spiegelt sich auch in den Devisenreserven wider: 1978 betrug Indiens Devisenreserven mit 8,32 Mrd. US\$ 187 Prozent der chinesischen Reserven. 1995 betrug Indiens Reserven nur noch 28 Prozent der Devisenreserven Chinas.

Das Wirtschaftswachstum Chinas führte auch zu einem Ausbau der militärischen Kapazitäten der Volksrepublik. Immer modernere chinesische Kriegsschiffe frequentierten immer häufiger den Indischen Ozean und liefen Häfen in Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka, Malaysia, Tansania, der Südafrikanischen Republik, Myanmar und schließlich in 2001 auch den Hafen von Mumbai an.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas führte zudem zu einem Ausbau der Handelsbeziehungen zu den gemeinsamen Nachbarstaaten Myanmar, Bangladesch und Pakistan. Angesichts der wachsenden Beziehungen Pekings zu verschiedenen Staaten Südasiens und Südostasiens ist der Aufstieg Chinas ins Bewusstsein der indischen Eliten eingedrungen und hat zu einer lebhaften Diskussion darüber ge-

² International Monetary Fund, *Direction of Trade Yearbooks*, Washington, DC, 1992, 2001.

³ World Bank, *World Development Indicators*, 2000.

führt, ob und wie dem Ausbau der chinesischen Position in der Region entgegenzutreten sei.

1.5 Die Verschlechterung des sino-US-amerikanischen Verhältnisses

Schließlich förderte die Intensivierung der sino-US-amerikanischen Spannungen während der 1990er-Jahre über Menschenrechts- und Handelsfragen, über Fragen der Proliferation und vor allem über Taiwan das Nachdenken in Washington und Delhi über eine engere Zusammenarbeit, was natürlich auch Peking nicht verborgen blieb.

2 Indien und China – misstrauische Partner zwischen Konfrontation und Kooperation

Die jüngeren Beziehungen zwischen Indien und China sind traditionell geprägt durch eine permanente Konkurrenz um regionalen und internationalen Status und Einfluss. Beide betrachten sich in ihrem Selbstverständnis als natürliche Großmächte, denen eine Führungsrolle in Asien zukommt. Als die mit Abstand bevölkerungsreichsten Länder mit beträchtlichen geographischen Ausmaßen und Jahrtausende alter Kultur haben beide wiederholt zumindest einen regionalen Führungsanspruch angemeldet.

Für Indien sind die Beziehungen zu China zu einem wichtigen Orientierungspunkt seiner Außenpolitik geworden, da dieses Verhältnis über Rolle und Status der Indischen Union in der internationalen Staatengemeinschaft entscheidet.⁴

Von der Unabhängigkeit bis in die fünfziger Jahre hinein genoss Indien, dank der charismatischen Person Nehrus und seiner eigenständigen, blockfreien Außenpolitik, ein deutlich höheres internationales Prestige. Dies änderte sich in den sechziger Jahren nach der indischen Niederlage im Himalajakrieg gegen China sowie dem Aufstieg der Volksrepublik zum Kernwaffenstaat. Die Bündniskonstellation im Ost-West-Konflikt und der Einzug der Volksrepublik China in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zementierte in Indien die Perzeption einer internationalen Inferiorität Delhis gegenüber seinem nördlichen Nachbarn.

Im Gegensatz zu Indien ist China nicht nur anerkannte Atommacht und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sondern aufgrund seiner beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung seit der Öffnung Ende der siebziger Jahre

⁴ Vgl. Christian Wagner, „Die indisch-chinesischen Beziehungen“, in: Bert Becker, Guido Eilenberger, Jürgen Rüländ, Werner Draguhn (Hrsg.), *Hongkong und China auf dem Weg in das Pazifische Jahrhundert*, Hamburg 1998, S.173-187, S.173.

ein vom Westen heftig umworbener wirtschaftlicher und politischer Partner.⁵ Indien, als größte Demokratie der Welt nur scheinbar natürlicher Partner des Westens, fühlte sich von diesem, insbesondere den Vereinigten Staaten, im Vergleich zu China zurückgesetzt.

2.1 Das bilaterale Konfliktpotenzial

Trotz unmittelbarer Nachbarschaft und jahrhundertealter Rivalität waren die indisch-chinesischen Beziehungen historisch in ihrer langen Geschichte nur selten von Gegnerschaft und militärischen Konflikten geprägt. Bereits Jahre vor der Unabhängigkeit Indiens hatte Nehru die Bedeutung einer Zusammenarbeit zwischen Indien und China für die zukünftige Rolle Asiens in der internationalen Politik betont. Nachdem er zum ersten Premierminister der Indischen Union gewählt worden war, bemühte sich Nehru, China aus seiner internationalen Isolation zu befreien, indem Indien die Volksrepublik als erstes nichtkommunistisches Land diplomatisch anerkannte.⁶ China hielt jedoch trotz Isolation und Schwäche grundsätzlich an seinem historisch begründeten Führungsanspruch fest und akzeptierte Indien nicht als gleichrangigen Partner. Die Vision Nehrus einer indisch-chinesischen Achse wurde in Peking nie geteilt und zerbrach endgültig im Grenzkonflikt von 1962. Das Trauma dieser Niederlage und die Perzeption einer chinesischen Bedrohung sind seit dieser Zeit ein wichtiger Faktor der indischen Außen- und Sicherheitspolitik. Von indischen Sicherheitsexperten wird immer wieder der geostrategische Standortnachteil Indiens gegenüber China hervorgehoben. Während China von Tibet aus das Herzland Indiens in der Gangesebene mit Kurzstreckenraketen bedrohen kann, liegen die zentralen Regionen Chinas außerhalb der militärischen Reichweite Indiens.⁷ Auch wenn seit langem eine Mehrheit der Inder in China keine wirkliche militärische Bedrohung mehr sieht, sind Sicherheitsängste China gegenüber bis heute als Unterströmung im öffentlichen Bewusstsein Indiens weit verbreitet, wie auch in einigen Ländern Südostasiens.

Seit Anfang der fünfziger Jahre belasten vor allem strittige Grenzfragen die Beziehungen zwischen Indien und China. Peking erkannte die koloniale Demarkierung im Ostsektor der gemeinsamen 3.840 Kilometer langen Grenze (McMahon-Linie) nicht an und lehnt indische Ansprüche auf mehrere zehntausend Quadratkilometer im unbesiedelten Westsektor (Aksai Chin) ab. Zu einer deutlichen Verschlechterung

⁵ Vgl. Heinrich Kreft, „China – die kommende Großmacht. Vom Objekt zum Akteur der internationalen Politik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51/2000, S.21-29.

⁶ Christian Wagner, *Von der Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur? Die indische Außenpolitik im Spannungsfeld nationaler und internationaler Veränderungen*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Interne Studie Nr.174/1998, S.28f.

⁷ Vgl. Brahma Chellaney, „After the Tests: India’s Options“, in: *Survival*, 40, 4, Winter 1998, 99, S.93-111, S.101f. und ebda.: „India is as vulnerable to Chinese missile blackmail as was Taiwan in 1996, when Beijing fired M-9s into the waters of the island“, S.101.

der Beziehungen kam es aber erst, als 1959 der Dalai Lama vor der chinesischen Armee nach Indien flüchtete und Delhi im beginnenden chinesisch-sowjetischen Konflikt die Partei Moskaus ergriff. In dieser Situation führten die Grenzstreitigkeiten im Oktober/November 1962 zu einem mehrwöchigen Grenzkrieg, in dessen Verlauf China alle beanspruchten Sektoren bis zur De-facto-Grenze des Jahres 1959 besetzte und sich dann nach einseitiger Ausrufung eines Waffenstillstandes wieder um 20 Kilometer zurückzog. Diese Lage ist bis heute nahezu unverändert. Etwa 123.000 Quadratkilometer sind im Himalaja weiterhin umstritten.

Tibet ist bis heute ein weiterer wichtiger Faktor der indisch-chinesischen Beziehungen. Die Tibetfrage wurde im Prinzip bereits 1954 durch einen Vertrag geregelt, in dem Indien auf weitergehende Ansprüche verzichtete. Darin verständigten sich beide Seiten auch auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitige Unterstützung sowie friedliche Koexistenz.⁸ Die mit dem Dalai Lama nach der chinesischen Niederschlagung des tibetischen Aufstands von 1959 (und danach) nach Indien geflohenen Tibeter haben in Indien wiederholt mit ihrer antichinesischen Agitation für Verstimmung in Peking und damit für eine Belastung der bilateralen Beziehungen gesorgt. Obwohl Indien die Zugehörigkeit des autonomen Tibet zur Volksrepublik China anerkannt hat, bleibt Peking besorgt, Indien (wie auch Nepal und Bhutan) könnten Ausgangspunkt separatistischer Aktivitäten der Exiltibeter werden. Die Virulenz wurde zuletzt im März 1999 deutlich, als es aus Anlass des vierzigsten Jahrestages des Aufstandes von 1959 zu lautstarken antichinesischen Demonstrationen der Exiltibeter in Indien kam.

Die indisch-chinesischen Beziehungen wurden zwischen 1959 und 1991 ganz wesentlich vom sino-sowjetischen Konflikt geprägt. Auf den Vorschlag Leonid Breschnews aus dem Jahre 1966, ein gegen China gerichtetes System kollektiver Sicherheit in Asien zu errichten, ging Indira Gandhi allerdings erst 1971 auf dem Höhepunkt der Sezessionskrise um Ostpakistan und dem damit verbundenen Indisch-Pakistanischen Krieg ein, als ein chinesischer Angriff zur Entlastung Pakistans nicht völlig auszuschließen war. Der im August 1971 unterzeichnete „Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ enthält Bestimmungen über die gemeinsame Abwehr von Angriffen Dritter und führte zu einer deutlichen Steigerung sowjetischer Waffenlieferungen.⁹ Nach der militärischen Niederlage Pakistans und der Abspaltung Bangladeschs im dritten Krieg zwischen beiden Ländern seit 1947 etablierte sich Indien als uneingeschränkte regionale Vormacht in Südasien. Damit übertrug sich endgültig die Frontstellung des Kalten Krieges nach Südasien: An der Seite der Sowjetunion stand Indien China, Pakistan und auch den ebenfalls

⁸ Vgl. V.M. Hewitt, *The International Politics of South Asia*, Manchester 1992, S.41.

⁹ Kay Möller, *Sicherheitspartner Peking? Die Beteiligung der Volksrepublik China an Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen seit Ende des Kalten Krieges*, Baden Baden 1998, S.61.

mit Islamabad verbündeten USA gegenüber. Im Indisch-Pakistanischen Krieg um Kaschmir des Jahres 1965 ergriff China nicht nur die Partei Pakistans, sondern drohte Indien gleichzeitig wegen angeblicher Grenzverletzungen in Sikkim mit einem neuen Waffengang. Nach dem Ende des Krieges entstand zwischen China und Pakistan ein Netzwerk strategischer Straßenverbindungen. Im dritten Indisch-Pakistanischen Krieg soll erst eine sowjetische Warnung China von einer militärischen Intervention abgehalten haben.¹⁰ Von 1965 bis Anfang der achtziger Jahre war Peking Islamabads wichtigster Waffenlieferant. Anfang der neunziger Jahre hat Peking mit großer Wahrscheinlichkeit auch Kurz- und Mittelstreckenraketen, die mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgestattet werden können, nach Pakistan geliefert.¹¹ Darüber hinaus soll Peking Islamabads Atomwaffenprogramm kräftig unterstützt haben.¹²

Nach dem steigenden Einfluss der Sowjetunion in Südostasien durch den Fall Indochinas im Jahre 1975 wurde auch die chinesische Agitation gegen Indien, als den „Statthalter des Sozialimperialismus“ in Südasiens heftiger. Peking bemühte sich in der Folge außer zu Pakistan auch um engere Beziehungen zu Nepal, Bangladesch und Sri Lanka, um Indiens Hegemonialansprüche in Südasiens einzudämmen.

Michail Gorbatschow schließlich relativierte mit seiner neuen, auf Ausgleich gerichteten Chinapolitik die sowjetische Sicherheitsgarantie für Delhi und drängte Indien seinerseits zu einer Normalisierung von dessen Beziehungen zu Peking. Die Auflösung der Sowjetunion und der politische Bedeutungsverlust der Blockfreienbewegung entzogen schließlich der indischen Außenpolitik ihre wichtigsten Stützen, so dass sich Delhi zu einem außenpolitischen Kurswechsel gezwungen sah.¹³ Vielfach wurde Indien gemeinsam mit der Sowjetunion als großer Verlierer des Kalten Krieges bezeichnet, der Abstand zur Volksrepublik China, das im Lager der Sieger stand, schien noch größer zu werden.

2.2 Entspannung und Normalisierung

Trotz der frostigen Beziehungen seit dem Himalajakrieg wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Indien und China nie abgebrochen. Botschafter wurden allerdings erst 1976 nach dem Tode Mao Zedongs wieder ausgetauscht. Die Chinareise von Außenminister Vajpayee im Februar 1979 war der erste hochrangige Besuch seit 1960. Allerdings fiel dieser Besuch mit dem Ausbruch des Chinesisch-Vietnamesischen Krieges zusammen, der zu heftigen antichinesischen Reaktionen in der

¹⁰ Vgl. Gary Klintworth, „Chinese Perspectives on India as a Great Power“, in: Ross Babbage, Sandy Gordon (Hrsg.), *India's Strategic Future: Regional State or Global Power?*, London 1992, S.98.

¹¹ Vgl. Robert Bates Gill, „Curbing Beijing's Arms Sales“, in: *Orbis*, 36 (Sommer) 1992, 3, S.379-396, S.382.

¹² Ebd. S.386.

¹³ Citha D. Maaß, „Umorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg“, in: *Außenpolitik*, 1, 1993, S.34-43.

indischen Öffentlichkeit führte. 1981 kam der chinesische Außenminister Huang Hua zum Gegenbesuch nach Indien. Dies führte zur Etablierung eines jährlichen Dialogs auf Vizeministerebene. Beide Seiten einigten sich auf Grenzverhandlungen, wobei Indien nicht mehr auf einem vorherigen Rückzug Chinas und Peking nicht mehr grundsätzlich auf einer gleichzeitigen Regelung aller Territorialansprüche bestand. Allerdings blieben die ersten sechs Verhandlungsrunden bis Anfang 1985 ohne zählbares Ergebnis. Seit Mitte der achtziger Jahre kam es dann zu einer deutlichen Annäherung Indiens an China. 1987, als sich die Spannungen an der indisch-chinesischen Grenze wieder verschärften, entschloss sich Rajiv Gandhi nach deutlichen – von den USA übermittelten – Warnungen Pekings, die 1980 von seiner Mutter eingeleitete Normalisierung der Beziehungen zu China voranzutreiben. Anfang 1988 kam Bewegung in den mühsamen Dialog zwischen Delhi und Peking, die schließlich zur Wiedereröffnung der Generalkonsulate in Bombay und Schanghai führte.

Im Dezember 1988 reiste Rajiv Gandhi als erster indischer Premierminister seit 34 Jahren nach China. Der Erfolg der Reise lag vor allem in einer Verbesserung der bilateralen Gesprächsatmosphäre.

Im Februar 1990 einigten sich beide Seiten über den Truppenabbau vornehmlich im Ostsektor der Grenze. Im September wurde Einigkeit über Konsultationsverfahren zwischen den Grenztruppen erzielt. Im Februar 1991 beschloss man die Öffnung einiger Grenzübergänge im Ost- und Westsektor und die Wiederbelebung des grenznahen Handels. Danach stagnierte der Dialog erneut aufgrund innenpolitischer Entwicklungen in Indien: Rajiv Gandhi verlor die Parlamentswahlen vom November 1989; es folgten kurzlebige Regierungen; im Mai 1991 wurde Rajiv Gandhi während des Wahlkampfes im Süden Indiens ermordet.

Während Indien in den Grenzgesprächen China entgegenkam, bewegte sich Peking seit 1980 in der Kaschmirfrage auf eine neutrale Haltung zu. Die pakistanische Forderung nach einem Plebiszit unter UN-Aufsicht wurde nicht mehr unterstützt, Peking erklärte stattdessen den Konflikt zu einer bilateralen Frage, die im Dialog zwischen Delhi und Islamabad zu lösen sei. Die grundsätzlich propakistanische Haltung Pekings änderte sich damit aber keineswegs.

Nach dem Besuch von Ministerpräsident Li Peng in Delhi kam es im Februar 1992 zur Installation von „heißen Drähten“ zwischen den grenznahen Kommandoposten beider Seiten. Zudem wurden halbjährliche Treffen der Grenzkommandeure vereinbart.

Im September 1993 besuchte der indische Premierminister Rao Peking und unterzeichnete dort ein Abkommen über gemeinsame Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von „Frieden und Ruhe“ an der Line of Actual Control (LAC), dem De-facto-Grenzverlauf. Im Dezember 1993 besuchte die erste hochrangige chinesische Militärdelegation seit 30 Jahren Indien. Allerdings gerieten die Grenzverhandlungen in der zweiten Jahreshälfte 1994 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der LAC in eine Sackgasse, aus der man erst ein Jahr später wieder herausfand. Im November 1996 besuchte mit Jiang Zemin erstmals ein chinesischer

Staatspräsident Delhi. Dabei schlossen beide Seiten mehrere Abkommen und erklärten, auf militärische Gewalt gegeneinander zu verzichten. Auf indischer Seite wurde die Normalisierung des Verhältnisses zu China auch von der jeweiligen Opposition im Parlament mitgetragen. Damit schien der Durchbruch für eine vorsichtige und sachliche Kooperation zwischen den beiden Ländern gelungen. Dies nährte auch die Hoffnung auf eine baldige, endgültige Lösung der strittigen Grenzfragen.

Ungeachtet dieser Fortschritte hielt Peking aber an seiner Kooperation mit Pakistan fest und verunsicherte seinen südlichen Nachbarn zusätzlich durch den Versuch, über Myanmar (Birma) zum Indischen Ozean vorzustoßen. Die Nuklearfrage blieb bei allen Verhandlungsrunden ausgeklammert, obwohl sie ein wichtiges Element der asiatisch-pazifischen Kräftebalance ist. Diejenigen Inder, die sich zur Atomrüstung ihres Landes bekannten, begründeten dies immer mit dem chinesischen Atompotenzial. Seine Mitwirkung an Gesprächen über eine südasiatische nuklearwaffenfreie Zone (oder andere strategische Abrüstungsmaßnahmen) machte Delhi stets von der Einbeziehung des chinesischen Potenzials abhängig, was Peking grundsätzlich ablehnte.

2.3 Pokhran II – Weckruf auch für China

Mit der Zündung von fünf nuklearen Sprengsätzen am 11. und 13. Mai 1998 in Pokhran,¹⁴ in deren Folge Indien sich zum Kernwaffenstaat und zur Weltmacht mit Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erklärte, überraschte Indien nicht nur die USA, sondern auch China.

Diese Entscheidung Indiens, der am 28. Mai die offene Nuklearisierung Pakistans folgte, hat die Sicherheitslage in Südasiens fundamental verändert und die Beziehungen zur Volksrepublik China schwer belastet. Ironischerweise war es Premierminister Vajpayee selbst, der im Jahre 1979 als indischer Außenminister mit einem Besuch in China eine lange Phase der Normalisierung und Entspannung zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt eingeleitet hatte, die er nunmehr abrupt beendete. In einem Brief an US-Präsident Clinton¹⁵ begründete er die Tests mit der Bedrohung Indiens durch die Volksrepublik China. Damit drehte er das Rad in den indisch-chinesischen Beziehungen um 20 Jahre zurück.¹⁶ Intakte Beziehungen zwischen den beiden Schwergewichten Asiens sind für die Stabilität in Süd- und auch in Südostasien von großer Bedeutung.

¹⁴ Pokhran ist das indische Atomtestgelände in Rajasthan, wo schon 1974 der erste indische Atomtest durchgeführt wurde.

¹⁵ Der Brief wurde der *New York Times* zugespielt und damit zu einem Politikum. Premierminister Vajpayee unterzeichnete persönlich insgesamt 177 Briefe an Staats- und Regierungschefs großer und kleiner Staaten, in denen er die Gründe für Indiens Nuklear-tests darlegte, Raj Chengappa, Manoj Joshi, „Hawkish India“, in: *India Today*, 1.6.1998, S.28.

¹⁶ Subramian Swamy, „Vajpayee’s China Fiasco“, in: *Frontline*, 6.11.1998, S.43-45.

Indiens Beziehungen zu China wurden durch die Tests vom Mai 1998 erheblich gestört.¹⁷ Nur wenige Tage zuvor hatte im Rahmen der vereinbarten Vertrauensbildenden Maßnahmen General Fu Quanyou, Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee, als Gast seines indischen Kollegen Delhi besucht. China wurde neben Japan zum heftigsten Kritiker der offenen Nuklearisierung Indiens.¹⁸ Mehr noch als über die Tests selbst war man in Peking über ihre Begründung mit einer chinesischen Bedrohung empört, als der Brief von Premierminister Vajpayee an US-Präsident Clinton durch die *New York Times* bekannt gemacht wurde.¹⁹ Schon die chinesische Reaktion auf Pokhran I im Jahr 1974 war ähnlich harsch ausgefallen. Damals warf Peking Delhi Hegemonialambitionen in Südasien, die Erpressung seiner Nachbarn und die Auslösung eines Wettrüstens vor.

Die offene Nuklearisierung Indiens bedeutete allerdings keine direkte militärische Herausforderung Chinas, das Indien gegenüber sowohl konventionell als auch nuklear weit überlegen blieb. Peking sah sich aber gezwungen, das ganz auf Ostasien gerichtete Augenmerk seiner Außenpolitik zumindest teilweise nach Südasien zu lenken, wo ihm mit Indien ein sowohl weltanschaulicher als auch strategischer Konkurrent heranwuchs, mit eigenen Interessen bis nach Südostasien.²⁰

Im Gegensatz zum Ost-West-Konflikt handelt es sich in Südasien nicht um einen bipolaren Antagonismus, sondern um ein tripolares System, das sehr viel schwieriger zu stabilisieren ist. Die Einbeziehung Chinas verkompliziert die Sicherheitslage in Südasien erheblich. Dadurch entsteht ein offenes Sicherheits- bzw. Bedrohungs-dreieck zwischen China, Indien und Pakistan. Während Indien sich in erster Linie als von China bedroht betrachtet, fühlt sich Pakistan ausschließlich von Indien bedroht, steht aber selbst in einer strategischen Partnerschaft mit China, mit dem es auch nuklear- und raketentechnologisch zusammenarbeitet. Destabilisierend wirkt vor allem die Tatsache, dass diese offene Dreiecksbeziehung aus zwei Ungleichgewichten besteht. Indien ist China unterlegen und Pakistan Indien. Beim jeweils Unterlegenen ist die Versuchung groß, nuklear und ballistisch aufzurüsten, allerdings dürfte dadurch kein stabilisierendes Abschreckungsgleichgewicht zu erreichen sein.²¹

¹⁷ Mark Nicholson, „India sabotaged China ties“, in: *Financial Times*, 11./12.7.1998.

¹⁸ Manoj Joshi, „The Big Sulk“, in: *India Today*, 15.3.1998, S.53-54.

¹⁹ Auch indische Chinaexperten kritisierten die Begründung heftig: „It was completely idiotic. To organize the letter completely around the Chinese threat to India was a blunder. There was no earthly reason to do it“, so Giri Deshingkar, Direktor des Instituts für Chinesische Studien in New Delhi, zitiert von Kenneth J. Cooper und Steve Musson, „India Tries to ‘Ease the Diplomatic Chill with China’“, in: *International Herald Tribune*, 1.6.1998, S.5.

²⁰ Vgl. Kay Möller, „China und die südasiatische Nuklearkrise“, in: SWP-AP 3080, *Nach den Nukleartests in Südasien: Regionale und globale Auswirkungen*, September 1998, S.53f.

²¹ Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen“, in: SWP-AP 3080, *Nach den Nukleartests in Südasien:*

2.4 Eine neue Phase der Annäherung zwischen Delhi und Peking

Pokhram II führte in Peking zu der Einsicht, dass China es sich nicht erlauben könne, Indien weiterhin zu ignorieren. Einerseits musste ein nuklear gerüstetes Indien in das eigene Sicherheitskalkül einbezogen werden, andererseits hatte Indien mit der Entscheidung für eine offene Nuklearisierung verdeutlicht, dass es nicht bereit war, die von ihm empfundene Verschlechterung seiner Sicherheitslage einfach hinzunehmen, sondern mit einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik darauf zu reagieren. Darüber hinaus brachte Indien mit seinen Tests und dem dadurch induzierten Nachziehen Pakistans, Chinas Politik der Proliferation von Nuklear- und Raketentechnologie in Richtung Islamabad ins Licht der weltpolitischen Öffentlichkeit. Die offiziell mit einer Bedrohung durch China begründete Nuklearisierung führte Peking die chinakritische und z.T. sogar -feindliche Stimmung bestimmter einflussreicher Kreise Indiens vor Augen. Diesem wollte Peking nicht tatenlos zusehen, zumal die eigenen Beziehungen zu Washington sich alles andere als problemlos gestalteten.

Die Eiszeit in den bilateralen Beziehungen währte daher nicht lange. Etwas mehr als ein Jahr nach den Nukleartests konnte der indische Außenminister Jaswant Singh nach Peking reisen und es begann ein Prozess der Wiederannäherung. War der Besuch von Präsident Clinton in Indien vom März 2000 der Startschuss einer deutlichen Verbesserung der indisch-US-amerikanischen Beziehungen, waren es in den indisch-chinesischen Beziehungen der Besuch von Präsident K.R. Narayanan Ende Mai 2000 in Peking und die gemeinsamen Feierlichkeiten aus Anlass des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Auch nicht ohne Einfluss auf China blieb die deutlich aktivere Außenpolitik Delhis nach den Atomtests. Zunächst aus der Notwendigkeit geboren, die außenpolitische Isolation zu überwinden, wurde sie bald zum Markenzeichen der nationalkonservativen BJP-Regierung. Für den Architekten der neuen indischen Außenpolitik, Jaswant Singh wurde mit den Atomtests der Wandel von einer moralistischen zu einer realistischen Außenpolitik vollzogen. „Es handelt sich um ein Sechstel der Menschheit, das seinen berechtigten Platz unter der Sonne und im Kalkül der Großmächte sucht.“²²

Bisheriger Höhepunkt der indisch-chinesischen Annäherung war der mit sechs Tagen ungewöhnlich lange Besuch von Premierminister Atal Bihari Vajpayee im

Regionale und globale Auswirkungen, September 1998, S.11f. und Heinrich Kreft, „Süd-asien als sicherheitspolitische Herausforderung“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde, Hamburg 2000, S.205-221.

²² Zitiert von Raj Chengappa, Manoj Joshi, „Hawkish India“, in: *India Today*, 1.6.1998, S.28. Siehe auch: C. Raja Mohan, *Crossing the Rubicon: The Shaping of India's New Foreign Policy*, New Delhi, Penguin Viking, 2003.

Juni 2003 in China, des ersten Besuchs eines indischen Premiers in mehr als einem Jahrzehnt seit dem Besuch Rajiv Gandhis. Chinas Premierminister Wen Jiabao erinnerte seinen Gast denn auch an den Besuch Gandhis und den bekannten Ausspruch Deng Xiaopings gegenüber seinem Gast: „The 21st century can only be the Asian century if India and China combine to make it so.“²³

Auch eines der schwierigsten Probleme in den sino-indischen Beziehungen, die Anerkennung der indischen Souveränität über Sikkim durch China, konnte in den folgenden Monaten gelöst werden. Am 8. Oktober gab China eine entsprechende Erklärung ab. Dass dieses an dem Tag geschah, an dem Indien formell dem Treaty of Amity and Cooperation der ASEAN von 1976 beitrug, dürfte kaum ein Zufall gewesen sein. China verfolgt die indischen Aktivitäten in Südostasien sehr genau.

Am 14. November 2003 begannen vor der Küste von Schanghai die ersten gemeinsamen Manöver der indischen und chinesischen Marine und dokumentierten damit für alle Welt sichtbar die neue Qualität der indisch-chinesischen Beziehungen.

Neben den politischen Beziehungen haben sich auch die Wirtschaftsbeziehungen deutlich positiv entwickelt. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau wächst der bilaterale Handel derzeit um über 30 Prozent im Jahr und erreichte in 2002 ein Volumen von 5 Mrd. US\$.

2.5 Rivalen statt Gegner – aber Partner? Ein Ausblick

Während China und auch Indien ein dichtes Netz von Beziehungen zu den USA, Westeuropa und Japan unterhalten, ist das Netz der bilateralen Beziehungen zwischen Indien und China trotz der jüngsten Annäherung noch sehr weitmaschig.

Indien muss davon ausgehen, dass Peking an engen Beziehungen zu Pakistan festhalten und auch weiterhin seine guten Beziehungen zu Nepal, Bangladesch und Sri Lanka sowie auf niedrigerem Niveau zu Bhutan pflegen wird. Indiens Beziehungen zu China werden kompliziert bleiben. Viele der alten bilateralen Probleme bestehen fort:²⁴ Der nicht geregelte Grenzverlauf und die waffentechnologische Unterstützung Pekings für Islamabad stehen ganz oben auf der indischen Agenda. Für Peking bleibt die indische Position gegenüber Tibet und insbesondere das Exil des Dalai Lamas und die Aktivitäten der Exiltibeter in Indien ein Dorn im Auge.

Was die Grenzfrage angeht, gibt die Tatsache Anlass zur Hoffnung, dass seit mehr als drei Jahrzehnten keine der beiden Seiten einen ernsthaften Versuch unternommen hat, die Line of Actual Control in ihrem Sinne zu verändern. Doch um die Situation weiter zu stabilisieren ist die Umsetzung der verabredeten vertrauensbildenden Maßnahmen unabdingbar.

²³ Zitiert in Sultan Shahin, „South Asia – India and China to be brothers again“, in: *Asia Times online*, www.atimes.com, eingesehen im Februar 2004.

²⁴ C.V. Ranganathan, „India China Relations: Problems and Perspectives“, in: *World Affairs*, April/Juni 1998, 2, 2, 104-120, S.116f.

Südasiens braucht eine Sicherheitsarchitektur, die dem Sicherheitsbedürfnis aller Staaten – unter Einbezug Chinas – entspricht.²⁵ Die politische Stabilität und Entwicklung in ganz Südasiens bedarf einer funktionierenden und stabilen Beziehung zwischen Delhi und Peking. Daher ist die jüngste Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und China sehr begrüßenswert.

Es gibt viele Herausforderungen, denen sich China und Indien gleichermaßen stellen müssen, um ihre kontinentgroßen Volkswirtschaften zu modernisieren und sich in die globaler werdende Weltwirtschaft zu integrieren. Für die künftige Entwicklung des bilateralen Verhältnisses wird auch wichtig sein, wie sich das jeweilige Verhältnis der beiden Kontrahenten zu den Vereinigten Staaten gestalten wird. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass dieses geostrategische Dreiecksverhältnis für Asien insgesamt an Bedeutung gewinnt.

Indien und China werden mit hoher Wahrscheinlichkeit dauerhaft Rivalen bleiben. Es ist daher J. Mohan Malik zuzustimmen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten (langfristig) eher durch Konkurrenz als durch Zusammenarbeit charakterisiert sein werden.²⁶ Allerdings gibt es derzeit vermehrt Anzeichen dafür, dass die wachsende sino-US-amerikanische Rivalität und die durch den Besuch Clintons vom Frühjahr 2000 in Delhi begonnene neue Phase einer indisch-US-amerikanischen Annäherung Peking zumindest kurzfristig eine engere Zusammenarbeit mit seinem südlichen Nachbarn suchen lässt.

3 Die USA und China: Kooperation – Konfrontation – Rivalität

Die Rolle Chinas in Asien und der Welt hat sich seit und durch die Öffnungspolitik Pekings seit 1979 stark gewandelt. China ist in wenigen Jahren von der Peripherie ins Zentrum der internationalen Politik gerückt. Dieser rasante Aufstieg hat seine Wurzeln im radikalen ökonomischen Kurswechsel unter Deng Xiaoping Ende der siebziger Jahre. Parallel zu ihrem ökonomischen Erstarken befindet sich die Volksrepublik China in der sicherheitspolitisch günstigsten Lage seit ihrer Gründung im Jahre 1949. Sie sieht sich auf dem natürlichen Weg zur Weltmacht und damit in einer zunehmenden Rivalität mit den USA. Die wachsende ökonomische Macht und das veränderte internationale Umfeld haben für die traditionelle chinesische Politik der „balance of power“ neue Handlungsspielräume geschaffen, die die Volksrepublik zur Absicherung ihres weiteren ökonomischen und politischen Aufstiegs nutzt. Peking konzentriert alle Kräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

²⁵ Vgl. Heinrich Kreft, „Der eskalierende Konflikt in Südasiens“, a.a.O., S.73f. und François Heisbourg, „The Prospects for Nuclear Stability between India and Pakistan“, in: *Survival*, 40, 4, Winter 1998-99, S.77-92.

²⁶ J. Mohan Malik, „China-India Relations in the Post-Cold War Era: The Continuing Rivalry“, in: *China Quarterly*, Juni 1995, 142, S.317-355, S.355.

Aufgabe der Außenpolitik ist die Absicherung dieses Kurses.²⁷ Aufgrund der Rivalität mit den USA und Japan sowie mit den beiden potenziellen Konfliktherden Nordkorea und Taiwan konzentriert sich die chinesische Außenpolitik insbesondere auf Ostasien. Zu diesem Zweck war und ist Peking an einer Entspannung entlang seiner langen Grenzen im Norden, Westen und Süden interessiert. Diese Situation hat sich seit den indischen Nukleartests und deren offizieller Begründung mit einer chinesischen Bedrohung verändert. Indien steht seitdem wieder auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda Pekings. Gleichwohl sind die Grundlagen der chinesischen Außenpolitik davon unberührt geblieben. Diese unterliegt auch weiterhin dem Primat der wirtschaftlichen Entwicklung und einer möglicherweise wachsenden Rivalität mit den USA.

3.1 Eine neue Phase der Kooperation nach dem 11. September 2001

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China haben sich seit dem 11. September 2001 dramatisch verändert. Noch im Frühjahr 2001 betrachtete die gerade ins Amt gekommene Regierung Bush China als „strategischen Konkurrenten“, und die offizielle chinesische Presse kritisierte die USA als Hegemon, der den Aufstieg Chinas zu verhindern trachte. Dieser Konfrontationskurs kam im Herbst 2001 zu einem abrupten Ende. Seitdem haben sich die Präsidenten der beiden Länder bereits dreimal getroffen einschließlich einer Einladung Jiang Zemin auf die private Ranch von Präsident Bush in Crawford, Texas. Die überwiegende Zahl der bilateralen Differenzen, die die Regierung Bush zu ihrem Konfrontationskurs bewogen hatte sind zwar keineswegs überwunden, doch werden sie von beiden Seiten gleichermaßen heruntergespielt, um gemeinsame Probleme, insbesondere die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber auch die Irak- und Nordkoreakrisen anzugehen. Der dramatische Wandel in den sino-US-amerikanischen Beziehungen hat vor allem eine zentrale Ursache: den Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Außenpolitik aufgrund des 11. September 2001.

3.1.1 Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Außenpolitik: Vom Kalten zum „Grauen Krieg“²⁸

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington haben für immer den Blick der USA auf sich selbst und die Welt verändert. Der erste ernsthafte Angriff auf das US-amerikanische Festland, seit die Briten 1814 das Weiße Haus nieder brannten, hat die US-amerikanische Bevölkerung tief getroffen und zugleich geeint wie kein anderes

²⁷ Heinrich Kreft, *China im Konzert der Großmächte*, a.a.O., S.40.

²⁸ Vgl. Heinrich Kreft, „Vom Kalten zum ‚Grauen Krieg‘ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B25/2002, S.14-22.

Ereignis seit der japanischen Attacke auf die US-amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor. Diese führte bekanntlich zum aktiven Eingreifen der USA in den Zweiten Weltkrieg. Allerdings waren Japan und die USA zu diesem Zeitpunkt bereits seit einiger Zeit auf Konfrontationskurs.²⁹ Der Terrorismus ist quasi über Nacht zur neuen großen Gefahr geworden, die seitdem die US-amerikanische Sicherheitsdebatte dominiert und voraussichtlich auch für die nächste Zeit beherrschen wird.

Die Ereignisse vom 11. September haben der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik eine neue, eindeutige Richtung und „Mission“³⁰ gegeben: den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.³¹ Die USA haben ihren Mythos der Unverwundbarkeit verloren. Niemand hatte den „catastrophic terrorism“, wie er sich vor allem in New York manifestierte, vorausgesehen, obwohl die Bedrohung nicht neu war.³² Es gelang aber nicht, den politischen Willen zu mobilisieren, um die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Auch vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor hatte es bekanntlich Warnungen gegeben, die ignoriert wurden. Der Terrorismus ist für die US-amerikanische Außenpolitik zu einer strategischen Herausforderung geworden.

Ein Erdbeben der Stärke des 11. September ist in der Lage, die tektonischen Platten der internationalen Politik zu verschieben. Seit dem Untergang der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges ist das internationale System in Bewegung. Der 11. September 2001 könnte das Ende dieses Transformationsprozesses und den Beginn einer neuen Phase bedeuten, die prägend für die Zukunft sein könnte, vergleichbar etwa mit den Jahren 1945 bis 1947, als es unter US-amerikanischer Führung gelang, eine Reihe ehemals totalitärer Staaten dauerhaft im freien und demokratischen Westen zu verankern, darunter die beiden Hauptgegner der USA während des Zweiten Weltkriegs: Deutschland und Japan.

²⁹ Ein besserer Vergleich ist die Reaktion der USA auf die Niederlage Frankreichs im Jahre 1940, die zur Abkehr vom seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vorherrschenden Isolationismus führte, was erst die Voraussetzung für den späteren Kriegseintritt schuf.

³⁰ „We have found our mission“, so Präsident Bush. Vgl. Steven Mufson, „Foreign Policy’s „Pivotal Moment““, in: *Washington Post* vom 27.9.2001; Harvey Sicherman, „Finding a Foreign Policy“, in: *ORBIS*, (Spring 2002), S.215-227; G. John Ikenbery, „American Grand Strategy in the Age of Terror“, in: *Survival*, 43 (Winter 2001-02) 4, S.19-34.

³¹ Die Regierung Bush definiert „internationalen Terrorismus“ als Terrorismus, der Bürger und Ressourcen mehr als eines Staates umfasst. Terrorismus wird definiert als politisch motivierte Gewalt gegen zivile Ziele und „passive“ (*non-combatant*) militärische Einrichtungen durch Gruppen oder Geheimagenten.

³² Bereits die Regierung Clinton hatte die Haushaltsmittel für die Terrorismusbekämpfung deutlich erhöht als Reaktion auf eine ganze Serie von Anschlägen gegen US-amerikanische Einrichtungen. Diese begann mit dem Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993, setzte sich fort mit dem Angriff auf US-amerikanische Militäreinrichtungen in Saudi-Arabien, auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania und schließlich auf das US-amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden (Jemen). Bei all diesen und einigen vereitelten Anschlägen führten Spuren direkt oder zumindest indirekt zu Osama Bin Laden und seinem Al-Qaida-Terrornetzwerk.

Die Anzeichen eines solchen Paradigmenwechsels, vergleichbar mit dem Beginn des Kalten Krieges Ende der vierziger Jahre, werden immer deutlicher. Diese Fokussierung der US-amerikanischen Außenpolitik auf den Kampf gegen die Sowjetunion führte zu den Allianzen, die wie die NATO in Europa sowie ANZUS³³ und die Sicherheitspartnerschaften mit Japan und Südkorea in Asien noch heute Bestand haben.

Der Kalte Krieg war durch das Gegeneinander zweier konventionell und nuklear hochgerüsteter Blöcke gekennzeichnet. Im Vergleich dazu ist die neue Herausforderung ein „Grauer Krieg“, d.h. ein asymmetrischer Krieg ohne klare Fronten, Armeen und Regeln.³⁴

In seiner Rede zum „State of the Union“ vom 29. Januar 2002 erklärte Präsident Bush: „Eine gemeinsame Gefahr lässt alte Rivalitäten verschwinden. Amerika arbeitet mit Russland, China und Indien zusammen wie nie zuvor.“ Nach dem 11. September gelang es den USA sehr schnell, eine breite und heterogene Koalition gegen den internationalen Terrorismus zu schmieden.

Die nationale Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleezza Rice, erklärte bereits wenige Wochen nach „9/11“ den Advent einer neuen Weltordnung, nicht von Großmachtrivalitäten geprägt, sondern vom gemeinsamen Interesse, den internationalen Terrorismus zurückzudrängen:

Der 11. September und die Zeit danach haben die grundlegende Spaltung zwischen den Mächten des Chaos und den Mächten der Ordnung sichtbar gemacht. Und alle großen Mächte der Welt stehen eindeutig auf derselben Seite dieser Trennungslinie. Und sie handeln danach.³⁵

Allerdings führte bereits die Irakdebatte ab Sommer 2002 und die Militäraktion im Irak im März/April 2003 zu deutlichen Rissen in dieser Fassade der neuen globalen Einigkeit.

3.1.2 Kehrtwende in der Bush'schen Chinapolitik

Vor dem 11. September 2001 gab es in der Regierung Bush keinen Konsens über die zu verfolgende Chinapolitik. Die Hardliner in der Regierung, allen voran Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, vertraten offen eine Politik der Einhegung oder gar der Eindämmung Chinas. China wurde von dieser „Denkschule“ als embryonaler strategischer Widerpart der USA betrachtet, dessen Entwicklung mit Argwohn betrachtet wurde. Zu diesem Zweck sollte die militärische Position der USA in Asien ausgebaut und Taiwan stärker politisch und militärisch durch eine Ausweitung der Waffenlieferungen unterstützt werden. Im Gegen-

³³ Sicherheitsvertrag zwischen USA, Australien und Neuseeland von 1951.

³⁴ Vgl. Heinrich Kreft, „Vom Kalten zum ‚Grauen Krieg‘ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B25/2002, S.14-22.

³⁵ Condoleezza Rice, „The War on terrorism and the Bush Administration's Foreign Policy“, Rede vom 29.4.2002 an der John Hopkins Universität, Washington, D.C.

satz dazu vertrat das State Department unter Außenminister Colin Powell die Position, dass die Spannungen zwischen Peking und Washington abgebaut werden müssten, die vor allem durch den EP-3-Zwischenfall, dem Zusammenstoß eines chinesischen Abfangjägers mit einem US-amerikanischen Spionageflugzeug und dessen erzwungener Landung auf Hainan eskaliert waren. Die Position des DoS (Department of State) spiegelte dabei vor allem das wachsende ökonomische Interesse der USA an China sowie Pekings zunehmenden Einfluss in der Region und in internationalen Organisationen wider.

Diese unterschiedlichen Positionen koexistierten mehrere Monate lang nebeneinander, so dass keine klare Linie in der US-amerikanischen Chinapolitik erkennbar wurde. Dieses änderte sich nach dem 11. September 2001 schlagartig. Die dringende Notwendigkeit einer engen Kooperation mit allen wichtigen Mächten im neuen „Grauen Krieg“ führte dazu, dass die Sorge um einen Aufstieg Chinas in den Hintergrund trat. Als Folge erhielt Colin Powell mit seiner auf Ausgleich bedachten Position nicht nur die Unterstützung von Präsident Bush, sondern auch von Vizepräsident Cheney, der anders als sein Vorgänger erheblichen Einfluss auf die Außenpolitik der Regierung Bush ausübt. Zugleich kühlte das zunächst enge Verhältnis der Regierung Bush zu Taiwan merklich ab aufgrund einiger provokativer Aussagen von Präsident Chen Shui-bian und anderer Mitglieder seiner Regierung über das taiwanisch-chinesische Verhältnis, aber auch durch das von einigen in der Regierung Bush als überzogen empfundene Lobbying Taipehs in Washington.

Auf der Pressekonferenz nach dem vierstündigen Treffen mit Jiang Zemin erklärte Präsident Bush als Ziel seiner Chinapolitik: „building a relationship with China that is candid, constructive, and cooperative“. Des Weiteren bezeichnete er die USA und China als „allies in the fight against global terror“ und „the prospect for cooperation between us has become broader rather than narrower“.

3.2 Für China sind die USA von zentraler Bedeutung

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind für die VR China von zentraler Bedeutung. Einerseits sind die USA Chinas wichtigster Markt, größter Investor und bedeutendster Technologiepartner. Andererseits werden die USA – zumindest von Teilen der chinesischen Führung – weiterhin als größter ideologischer Widersacher angesehen, der aktiv auf eine Veränderung des politischen Systems Chinas hinarbeitet und dadurch die Existenz des autoritären Regimes gefährdet. Nach dem Ende des sowjetisch-US-amerikanischen Antagonismus und der darauf beruhenden strategischen Partnerschaft zwischen Washington und Peking sah China sich zunehmend in der Rolle des einzigen potenziellen Antipoden der Vereinigten Staaten, die es als einzigen internationalen Akteur betrachtet, der seinen Aufstieg zu seiner „ihm zukommenden Stellung“ (*yingyou de diwei*) verhindern kann.³⁶ Der EP-3-Zwischen-

³⁶ Vgl. Heinrich Kreft, „China – die kommende Großmacht. Vom Objekt zum Akteur der internationalen Politik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B51/2000, S.21-29.

fall hat zudem deutlich gemacht, dass der Nationalismus in der VR China inzwischen zu einem Faktor geworden ist, den die Pekinger Führung ernst nehmen muss.

Nach dem 11. September hat sich Peking ohne Zögern in die Koalition gegen den internationalen Terrorismus eingereiht, die USA im UN-Sicherheitsrat unterstützt und – entgegen eigener Überzeugungen – der US-amerikanischen Intervention in Afghanistan nicht widersprochen. Peking hat Washington einschlägiges Geheimdienstmaterial zur Verfügung gestellt und Pakistan, seinen Protegé in Südasien, zur Kooperation angehalten. Während der Eskalation zwischen Indien und Pakistan, nach dem Angriff islamistischer Terroristen auf das indische Parlament in Delhi, hat Peking Islamabad zur Zurückhaltung aufgefordert, während die USA ihren Einfluss auf Indien geltend machten.³⁷ Darüber hinaus erklärte sich Peking bereit, stärker im Bereich der Nichtproliferation mit Washington zu kooperieren.

Das chinesische Bemühen um eine Verbesserung der Beziehungen zu Washington hatte bereits vor dem September 2001 eingesetzt, wurde aber nach dem 11. September erheblich verstärkt. Die chinesische Führung erkannte schnell, dass die Reorientierung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Möglichkeiten für die chinesische Außenpolitik eröffnete. 9/11 ließ nicht nur die Gravamina der bilateralen Beziehungen in den Hintergrund treten, sondern bot bald die Chance, ein neues Fundament für die gemeinsamen Beziehungen zu legen. Im neuen „Grauen Krieg“ gegen den internationalen Terrorismus ist China für die USA ein wertvoller Kooperationspartner, ohne andererseits (hohe) Kosten für die chinesische Seite zu verursachen. Pekings politische und diplomatische Unterstützung Washingtons im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und durch die Weitergabe wichtigen Geheimdienstmaterials ist in Washington dankbar registriert worden.

Auch der sich seit Herbst 2002 abzeichnende militärische Konflikt mit dem Irak erhöhte die Bedeutung Pekings für Washington zumal die Auseinandersetzung um das Vorgehen gegen den Irak zu heftigen politischen Irritationen der USA und einigen ihrer engen europäischen Partner führte. Die Bedeutung guter sino-US-amerikanischer Beziehungen war für Washington selten so wichtig wie in dieser Zeit, was von der Pekinger Führung richtig erkannt wurde. Zudem scheint die Pekinger Führung inzwischen davon überzeugt zu sein, den Trend hinsichtlich Taiwans – politisch, ökonomisch und auch militärisch – auf seiner Seite zu haben. Die Erwartung, in nicht allzu ferner Zukunft in die Machtposition hineinzuwachsen, die eine Lösung des Taiwanproblems nach eigenen Vorstellungen ermöglicht, ist unter chinesischen Intellektuellen weit verbreitet. Eine Voraussetzung dafür ist gleichwohl ein weiterer Abbau der Spannungen mit den Vereinigten Staaten. Die chinesische Führung ist davon überzeugt, dass die Regierung Bush – zumindest derzeit – daran interessiert ist, eine größere Unabhängigkeit der Insel von der Volksrepublik zu verhindern. Dies soll Präsident Bush selbst gegenüber Präsident Jiang Zemin während dessen

³⁷ Vgl. Heinrich Kreft, „Die amerikanisch-indischen Beziehungen: Von ‚estranged democracies‘ zu ‚natural allies‘“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2002*, Institut für Asienkunde, Hamburg, 2002.

Abschiedsbesuch auf der Familienranch des US-Präsidenten in Texas zum Ausdruck gebracht haben.

Peking braucht intakte Beziehungen zu den USA. Eine engere Kooperation lag daher eindeutig im chinesischen Interesse, da der Einflussgewinn der USA in Asien nach dem 11. September 2001 ohnehin nicht zu verhindern war („If you can't beat them join'em!“). Der Westschwenk Putins nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung eines neuen russisch-chinesischen Freundschaftsvertrages, die starke US-amerikanische Präsenz in Zentralasien, die verstärkte Kooperation Washingtons mit mehreren ASEAN-Staaten und die erweiterte Rolle Japans dürften allerdings nicht nur von den Falken in Peking mit Unbehagen verfolgt werden, die fest an eine Eindämmungs- und Einhegungspolitik Washingtons gegenüber China glauben.

3.2.1 Der gemeinsame Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Der Richtungswechsel in den sino-US-amerikanischen Beziehungen wurde im September 2002 durch die neue „National Security Strategy“ der Regierung Bush untermauert, in der der Kampf gegen den globalen Terrorismus – und nicht eine mögliche wachsende Rivalität mit China – als größte Bedrohung für die USA identifiziert wird. Im Gegenteil die neue Sicherheitsstrategie unterstreicht die Bedeutung einer engen Kooperation mit China (und anderer wichtiger Staaten) um den Terrorismus zu bekämpfen. Auf chinesischer Seite hat die Pekinger Führung die US-amerikanischen Anstrengungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowohl verbal als auch aktiv in für die USA wichtiger Form unterstützt. Zudem hat China seit Herbst 2002 seine Bemühungen intensiviert, die eigenen internen Mechanismen für die Durchsetzung von Kontrollmaßnahmen zu verbessern, die dazu dienen den Export von Komponenten für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen oder „dual-use items“ zu verhindern. Dieses war auch deshalb von besonderer Bedeutung, da sich der Kampf gegen den internationalen Terrorismus immer mehr mit dem Vorgehen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (WMD – weapons of mass destruction) verband, wie insbesondere im Irakkonflikt deutlich wurde.

Im August und Oktober 2002 hat China umfassende neue Exportkontrollvorschriften erlassen, die den Export von Raketentechnologie sowie Substanzen und Technologien zur Herstellung von chemischen und biologischen Waffen betreffen. Darüber hinaus wurden die Vorschriften für den Export von Rüstungsgütern verschärft. Diese neuen Bestimmungen traten am Vorabend der Abreise von Präsident Jiang Zemin zu seinem Abschiedsbesuch in die USA in Kraft und waren somit auch als klares Signal an die US-Seite intendiert, auch im Bereich der Nichtproliferation enger mit Washington zu kooperieren. Andererseits hat sich auch in China die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen potenziell auch die eigene Sicherheit gefährdet.

Trotz der Verbesserung der Kooperation auch im Nichtproliferationsbereich, geht die US-Regierung davon aus, dass chinesische Firmen auch weiterhin Schlüsselemente für ballistische Raketen und Cruise Missiles an Pakistan, den Iran und einige andere Staaten liefern, was einem chinesischen Versprechen zuwiderläuft, kein Land bei der Entwicklung nuklearwaffenfähiger Trägeraketen zu unterstützen.

Peking und Washington führen regelmäßig Antiterrorismuskonsultationen durch. Das dritte Treffen dieser Art fand Mitte Februar 2003 in Peking statt. China signalisierte auch Entgegenkommen bei den Verhandlungen über die Unterzeichnung der Container Security Initiative (CSI) mit den USA, das den USA das Recht gibt, eigene Mitarbeiter in den Häfen anderer Staaten zu platzieren, die vor Ort Container überwachen sollen, die von dort aus in die USA verschifft werden.³⁸

Der im State Department angesiedelte Counterterrorism Coordinator, Botschafter J. Cofer Black, erklärte zum Abschluss seines Besuchs in Peking: „Our two nations are engaged very closely in the war on terrorism.“

3.2.2 Nur verhaltene Kritik an der US-Irakpolitik

Die chinesische Politik gegenüber dem Irakkonflikt war von Anfang an von einem konsequent durchgehaltenen pragmatischen taktisch-realpolitischen Ansatz geprägt. China sprach sich zwar gegen eine militärische Intervention im Irak aus, doch die Erhaltung der guten Beziehungen zu den USA blieb auch in der Auseinandersetzung über die Irakpolitik oberstes Gebot. Die sicherheitspolitische Entlastung, die Peking durch seinen Beitritt zur Antiterrorcoalition gewonnen hatte, sollte nicht durch eine Konfrontation mit den USA in der Irakfrage wieder verloren gehen. Chinas Entscheidung, am 8. November 2002 für die von den USA gewünschte Resolution, in dem der Irak aufgefordert wird, den UN-Waffeninspektoren uneingeschränkten Zugang zu geben und sich nicht der Stimme zu enthalten, wurde in Washington als Interesse Chinas an einem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen und als Zeichen der Bereitschaft gewertet, auch international mehr Verantwortung zu übernehmen.

Trotz einiger Kritik in der Parteipresse an der US-amerikanischen Irakpolitik, vermied es die Pekinger Führung, öffentliche Proteste gegen die USA zu ermutigen. Offiziell trat Peking bis zum Schluss für eine friedliche Entwaffnung des Irak ein, hielt sich aber alle Optionen offen, einschließlich der Zustimmung zum Einsatz militärischer Gewalt als letztem Mittel (allerdings nur auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates). Die chinesische Führung verhielt sich zumeist reaktiv, man überließ den aktiven Part den Franzosen, Russen und Deutschen, um sich so spät wie möglich – wenn überhaupt – festlegen zu müssen. In einem Telefongespräch mit Präsident Bush vom 7. Februar 2003 stimmte Jiang Zemin mit dem US-Präsidenten darin

³⁸ Ein solches Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland wurde im August 2002 unterzeichnet.

überein, dass Saddam Hussein entwaffnet werden müsse, forderte aber auch gleichzeitig mehr Zeit für die UN-Waffeninspektoren und fügte hinzu:

[...] it is the common aspiration of the international community to safeguard the Security Council's authority when dealing with significant issues like the Iraq issue.³⁹

Danach verschärfte sich auch die bisher sehr verhaltene Kritik der offiziellen Medien an der US-amerikanischen Irakpolitik mit aus der Vergangenheit vertrauten Vorwürfen, wie des US-Hegemonialismus.

Wie andere Sicherheitsratsmitglieder auch, war die Pekinger Führung über die Washingtoner Entscheidung erleichtert, den UN-Sicherheitsrat nicht über eine zweite Resolution abstimmen zu lassen. Wäre ein Votum erforderlich geworden, hätte China sich vermutlich der Stimme enthalten. Präsident Hu Jintao sagte dem US-Präsidenten in einem Telefonat nach dessen „Ultimatumsrede“ an Saddam Hussein:

China has consistently advocated a political resolution of the Iraq issue within the framework of the United Nations. We hope for peace and do not want war.⁴⁰

3.2.3 Kooperation und Divergenzen über Nordkorea

Als sich die Nordkoreakrise Anfang 2003 weiter zuspitzte, hielten Peking und Washington engen Kontakt miteinander. US-Präsident Bush telefonierte im ersten Quartal 2003 nicht weniger als dreimal mit seinem chinesischen Counterpart: zweimal mit Jiang Zemin (am 10. Januar, nachdem Nordkorea erklärt hatte, aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag auszutreten, und am 7. Februar, um China zu drängen, eine aktivere Rolle bei der Lösung der Nordkoreakrise zu spielen) und einmal mit dessen Nachfolger Hu Jintao.

Mitte Januar machte Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs James Kelly auf dem Rückweg von Seoul in Peking Station. Under Secretary of State John Bolton und sein chinesischer Amtskollege Vizeaußenminister Wang Guangya hielten ihre erste Konsultationsrunde über strategische Sicherheit, multilaterale Rüstungskontrolle und Nichtproliferation. Ende Januar und Anfang Februar reiste der Chef des Planungsstabs im State Department, Richard Haas, nach Peking. Ihm folgte Außenminister Colin Powell Ende desselben Monats.

Washington und Peking sind sich grundsätzlich darin einig, dass die koreanische Halbinsel nuklearwaffenfrei bleiben soll, Unterschiede gibt es aber in der Auffassung darüber, wie dies zu erreichen sei. Gemäß US-Position stellt das nordkoreanische Nuklearprogramm eine Bedrohung für die regionale Stabilität und für das globale Nichtverbreitungsregime dar und müsse daher im multilateralen Rahmen diskutiert werden. Dagegen besteht Nordkorea auf bilateralen Gesprächen mit den USA, wobei Peking zunächst die Position Pjöngjangs unterstützt hat, dann aber ein Stück

³⁹ *New York Times* vom 8.2.2003.

⁴⁰ *Washington Post* vom 20.3.2003.

davon abrückte und fortan allgemein jede Form des Dialogs unterstützt, der zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beitragen kann. Allerdings stellte Peking wiederholt fest, dass das Grundproblem ein bilaterales sei, nämlich zwischen der DPRK und den USA. China bot sich auch als Ort eines solchen bilateralen Dialogs an, ein Angebot auf das die USA zunächst nicht eingingen, aber schließlich im April 2003 zurückkamen. Unterschiede gab es auch hinsichtlich der Eilbedürftigkeit. So hegt Peking immer noch Zweifel daran, das Pjöngjang wirklich (1-2) Nuklearsprengköpfe besitzt, wie die USA annehmen und Nordkorea behauptet, und daran, dass die DPRK bald in der Lage sein werde, in schneller Folge weitere Atomsprengköpfe herzustellen, um einige davon dann auch zu exportieren.

Die US-Regierung hat sich zwar geweigert, im Falle der DPRK von einer Krise zu sprechen, doch ist dies nur mit dem Umstand zu erklären, dass der Irak ganz oben auf der Agenda Washingtons stand (und bis heute steht). Von einigen der Regierung Bush nahestehenden außen- und sicherheitspolitischen Experten wurde Anfang 2003 unumwunden zugegeben: „Without Irak we would be much closer to war with the DPRK.“ Während Peking davon ausgeht, dass Pjöngjang sein Nuklearprogramm als „bargaining chip“ betrachtet, um Wirtschaftshilfe und Sicherheitsgarantien vom Westen zu erhalten, sieht Washington dies zwar als Möglichkeit, schließt jedoch auch nicht aus, dass Kim Jong-il unter keinen Umständen bereit sein könnte, sein Nuklearprogramm aufzugeben.

Aufgrund der Erfahrungen mit der US-Intervention im Irak wird in Peking auch nicht ausgeschlossen, dass das eigentliche Ziel der Regierung Bush auch in Nordkorea „regime change“ heißen könnte und nicht die Beseitigung einer Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen. So wird vermutet, dass Washington nach einem möglichen Scheitern diplomatischer Bemühungen zur Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms zu einem Präventivschlag vergleichbar der Irakintervention ausholen könnte. Eine solche Perspektive ist für Peking alarmierend, denn die Konsequenzen einer Destabilisierung Nordkoreas werden als noch negativer für die chinesische Sicherheit angesehen als ein weiterer nuklear bewaffneter Nachbar.

Als Nordkorea in voller Absicht die Krise eskalierte, indem Pjöngjang abgebrannte Atombrennstäbe aus den Lagern holte, seinen Nuklearreaktor wieder hochfuhr und Raketentests durchführte, schaute man in Washington nervös auf Peking, bei dem man größere Einflussnahme auf das nordkoreanische Regime anmahnte. Peking dagegen zeigte sich frustriert, dass die eigenen Bemühungen, die Krise unter Kontrolle zu halten, in Washington nicht angemessen gewürdigt wurden. Auch hatte sich Peking in der International Atomic Energy Agency (IAEA) dafür eingesetzt, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten (während sich Russland und Kuba der Stimme enthielten).

Gegenwärtig gehen die größten Herausforderungen für das sino-US-amerikanische Verhältnis von der weiteren Entwicklung in der DPRK und in den US-amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen aus. Solange die Regierung Bush an ihrer Politik festhält, eine Lösung der Krise auf diplomatischem Weg zu erreichen, findet sie die Unterstützung der chinesischen Führung, und eine erfolgreiche Kooperation

in dieser Frage könnte zu einer grundsätzlichen Stärkung der US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen führen und sogar den Weg freimachen zu einer nachhaltigen Friedensregelung für die koreanische Halbinsel. Durch die Übernahme einer aktiveren Rolle kann Peking selbst noch stärker zu einer Lösung des Nordkoreaproblems beitragen.

Auch die jüngste Runde der „six-party talks“ fanden im Februar 2004 in Peking statt.

3.2.4 Taiwan, die Achillesferse der sino-US-amerikanischen Beziehungen

Trotz der großen Anreize für eine Fortsetzung der Kooperation, gibt es nach wie vor eine ganze Reihe von Problemen, die jederzeit zu einer erneuten Belastung der Beziehungen führen können. Unter diesen ist Taiwan das bei weitem gefährlichste Problem. Drei grundsätzliche Faktoren, allesamt wenig beeinflusst durch die aktuelle Verbesserung der Beziehungen, kommen hier zusammen:

- die hohe Instabilität der taiwanischen Innenpolitik,
- Chinas kontinuierliche Aufrüstung und
- die rasch fortschreitende Vertiefung der US-amerikanisch-taiwanischen Sicherheitsbeziehungen.

Zusammen führen sie zu einer Beschleunigung des Wettrüstens auf beiden Seiten der Taiwanstrasse, was Taipeh dazu zwingen würde, eine immer engere Rüstungs-kooperation mit den USA einzugehen, und zugleich die taiwanische Führung dazu ermutigen könnte, ihre Bestrebungen, eine unabhängige nationale Identität unter der taiwanischen Bevölkerung zu schaffen, zu intensivieren.

Die Regierung Bush und der US-Kongress, in dem Taiwan eine starke Lobby für die eigenen Interessen besitzt, sind sich darüber im Klaren, dass trotz der auf viele Bereiche ausgedehnten sino-US-amerikanischen Kooperation der potenzielle Konflikttherd Taiwan wenig von seiner potenziellen Virulenz eingebüßt hat.

3.3 Perspektiven: Chance für eine „Normalisierung“ der Beziehungen

Die Kollision eines chinesischen Kampflugzeugs mit einem US-amerikanischen Spionageflugzeug in der Nähe der chinesischen Insel Hainan, die US-geführte Intervention im Kosovo, die zur versehentlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad führte, sowie US-amerikanische Waffenlieferungen an Taiwan führten allesamt zu heftigen Vorwürfen von offizieller chinesischer Seite gegenüber Washington und zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen. Die militärischen Interventionen der USA in Afghanistan und im Irak oder auch die US-Politik gegenüber Nordkorea haben keinerlei vergleichbare Reaktionen in Peking

hervorgerufen. Dieses ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der chinesischen Außenpolitik. Still und leise hat sich die Pekinger Führung von den „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ verabschiedet, die die Grundlage chinesischer Außenpolitik seit 1954 gewesen waren. Diese umfassten die Prinzipien der Nichtaggression und der Nichteinmischung in die internen Verhältnisse anderer Staaten. Eine Außenpolitik der Unabhängigkeit und Blockfreiheit, die sich daraus ergab, erscheint heute nicht mehr den Interessen Chinas zu entsprechen.

Chinas Integration und damit Abhängigkeit von der internationalen Gemeinschaft ist rapide gewachsen. In 2002 erzielte die VR China einen Außenhandelsüberschuss in einer Größenordnung von 103 Mrd. US\$, war der weltweit größte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen und importiert mittlerweile 30 Prozent seines Ölbedarfs aus dem Ausland. Die chinesische Außenpolitik verfolgt inzwischen auch offiziell die Interessen des eigenen Landes. Dies wurde im Irakkonflikt sehr deutlich. Die Pekinger Führung kam in ihrer Analyse der Lage zu dem Ergebnis, im Falle des Versuchs, eine US-Intervention zu verhindern, mehr zu verlieren als durch das leise Nachgeben – innerhalb der UN und bilateral – gegenüber den Wünschen der alleinigen Supermacht USA. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, dass China offiziell wie Frankreich und Russland bis zuletzt eine Verlängerung des Mandats der UN-Inspektoren gefordert hat. Der Pekinger Führung war klar, dass es weder ihr noch den Europäern oder der UN gelingen würde, die USA von Ihren Irakplänen abzubringen. Da nie an einem militärischen Sieg der USA gegen den Irak gezweifelt wurde, und die eigene Abhängigkeit von Importöl weiter steigen wird (in 2030 wird mit einem Importanteil von 84 Prozent gerechnet) besteht auch chinesisches Interesse an freiem Zugang zu den Ölvorräten des Nahen Ostens einschließlich der des Irak mit den nach Saudi-Arabien zweitgrößten Ölvorräten in der Region.

Ähnlich kann die kooperative Haltung Pekings in der Frage der Nuklearisierung Nordkoreas gedeutet werden. Die Interessenübereinstimmung mit den USA ist deutlich größer als die Interessenunterschiede. Falls Nordkorea sich als Nuklearmacht etablierte, könnten auch Südkorea und Japan – vielleicht sogar Taiwan – nicht daran gehindert werden, ebenfalls Nuklearmächte zu werden. Wenn hierzu noch die seit 1998 betriebene offene Nuklearisierung Indiens und Pakistans hinzugerechnet wird, erscheint die geostrategische Lage Chinas zunehmend prekär.

Trotz dieser neuen, sich ausweitenden Kooperation ist noch ein langer Annäherungsprozess notwendig, der auch den fortdauernden Unterschieden in den Gesellschaftssystemen und die bleibende Rivalität der beiden in Ostasien Rechnung trägt. Daher sind Erwartungen an die sino-US-amerikanischen Beziehungen, die über eine Normalisierung des Verhältnisses, das heißt vor allem auch ohne die große Volatilität in der Vergangenheit, hinausgehen, aus heutiger Sicht unrealistisch. Aber schon eine Normalisierung bringt beiden Seiten deutliche Vorteile, wie die vergangenen zweieinhalb Jahre gezeigt haben, daher dürfte es sowohl in Washington als auch in Peking für die auf Ausgleich bedachten Kräfte genügend Argumente geben, um die derzeit verstummten Falken auch künftig in Schach zu halten.

4 Indien – USA: Die Begründung einer neuen Partnerschaft

Indien und die USA hatten bis weit in die 1980er-Jahre hinein ein sehr schwieriges, von Misstrauen und Vernachlässigung (*neglect*) geprägtes Verhältnis zueinander.⁴¹

Obwohl das Ende des Kalten Krieges auch die US-amerikanisch-indischen Beziehungen von den Zwängen der bipolaren Welt befreit hat, lastete der Schatten der Vergangenheit noch ein ganzes Jahrzehnt lang auf den bilateralen Beziehungen – insbesondere der indisch-pakistanische Antagonismus. 1998 waren es die indischen Nukleartests, die eine indisch-US-amerikanische Annäherung verzögerten. Die Besuche von US-Präsident Bill Clinton im März in Indien und der Gegenbesuch des indischen Premierministers Vajpayee in den USA im September 2000 führten zu einer spektakulären Verbesserung der bilateralen Beziehungen, die schließlich im Herbst 2001 zu einer uneingeschränkten indischen Unterstützung für den US-amerikanischen Krieg gegen den Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September auf New York und Washington führte.

4.1 Erste Annäherung und Rückschlag

In der Endphase des Kalten Krieges kam es ab Mitte der 1980er-Jahre zu einer langsamen Annäherung zwischen Indien und den USA. Während der Regierungszeit Rajiv Gandhis (1984-89) erfolgten einige hochrangige Besuche, die die Beziehungen deutlich entspannten. So besuchte Rajiv Gandhi selbst die USA in 1985 und der damalige US-amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger reiste im Folgejahr nach Indien. Die Einsetzung einer Indo-American Task Force on the Indian Ocean war eines der ersten Ergebnisse dieser Annäherung, und die USA akzeptierten Indien als Ordnungsmacht in Südasien.⁴² Mit der Öffnung der indischen Wirtschaft Anfang der 1990er-Jahre erhielten die bilateralen Beziehungen zusätzlichen ökonomischen Schub. Beide Seiten unterstrichen fortan die gemeinsamen demokratischen Werte und entdeckten gemeinsame Interessen zum Beispiel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den militanten islamischen Fundamentalismus, vor allem in Afghanistan.⁴³ Neben dem Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit vereinbarten beide Seiten im April 1991 auch eine militärische Kooperation, die u.a. gemeinsame Flottenmanöver im Indischen Ozean vorsah.

⁴¹ Vgl. Dennis Kux, *Estranged Democracies. India and the United States 1941-1991*, London, New Delhi 1994.

⁴² Christian Wagner, „US-Außenpolitik gegenüber der Indischen Union“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 2000. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde, Hamburg 2000, S.223-241, S.228.

⁴³ Vgl. Selig S. Harrison/Geoffrey Kemp, *India & America. After the Cold War*, Washington 1993.

Allerdings kam es auf anderen Gebieten, wie insbesondere im Nuklearbereich zu keiner Annäherung der Positionen. So blieb Indien bei seiner Ablehnung, internationalen Abkommen wie dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und legte im Herbst 1996 ein Veto gegen das allgemeine Teststoppabkommen ein.

Die indischen Nukleartests vom 11. und 13. Mai 1998 nach 24 Jahren Moratorium wurden in Washington als gravierender Rückschlag für die jahrzehntelangen US-Bemühungen betrachtet, die Proliferation von Nuklearwaffen zu verhindern. Die Regierung Clinton machte unmittelbar nach den Nukleartests deutlich, dass sie der Aufnahme Indiens als gleichberechtigter Nuklearmacht in den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht zustimmen werde. Am 13. Mai 1998 verhängte Präsident Clinton ökonomische (und andere) Sanktionen. (Die gleichen Strafmaßnahmen wurden am 30. Mai gegen Pakistan verhängt.)

US-amerikanische Indienexperten fürchteten vor allem ein nukleares Wettrüsten und in der Folge eine Destabilisierung Südasiens, auch wenn dafür auf pakistanscher Seite die wirtschaftlichen Voraussetzungen weitgehend fehlten. Die Regierung Clinton forderte Indien wie Pakistan zu fünf konkreten Schritten auf, um die befürchtete nukleare Destabilisierung und ein atomares Wettrüsten in der Region zu verhindern:

- Verzicht auf weitere Atomtests sowie Unterzeichnung und Ratifizierung des CTBT,
- Einstellung der Produktion spaltbaren Materials und eine kooperative Beteiligung an den Verhandlungen zu FMCT,
- Verzicht auf Tests und die Stationierung von Nuklearwaffen und Trägerraketen,
- Verzicht auf jeglichen Export sensibler Güter und Technologie an andere Staaten,
- Reduzierung bilateraler Spannungen einschließlich denen in Jammu und Kaschmir.

4.2 Der historische Besuch Präsident Clintons in Indien

Nach den indischen Atomtests gab es eine nie gekannte Dichte politischer Gespräche zwischen Washington und Delhi. In diesen versuchte die Regierung Clinton Indien – erfolglos – zu einer Unterzeichnung des NVV bzw. des CTBT zu bewegen. Als Gegenleistung sollten die US-Sanktionen wieder aufgehoben werden, und in für New Delhi attraktiven Bereichen sollte die eine Kooperation aufgenommen bzw. ausgeweitet werden. Im September 1998 bezeichnete Premierminister Vajpayee Indien und die USA als „natural allies“ und forderte eine stärkere Berücksichtigung indischer Interessen u.a. in den Bereichen Sicherheit und Technologietransfer und erhob den Anspruch Delhis auf einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat.⁴⁴

⁴⁴ Wagner, a.a.O. S.299.

Mit seinem Besuch in Indien vom 19.-26. März 2000 unternahm Präsident Clinton den (ursprünglich schon für 1998 geplanten und von den Atomtests verzögerten) Versuch, die US-amerikanisch-indischen Beziehungen auf eine breitere Grundlage zu stellen. In einem gemeinsamen „Vision Statement“ vereinbarte er mit Premierminister Vajpayee einen bilateralen Dialog auf hoher Ebene und in Form verschiedener Arbeitsgruppen sowie regelmäßige Gipfeltreffen. Während des Besuchs konnten US-amerikanische Firmen Projekte mit indischen Partnern in einer Größenordnung von fast vier Mrd. US\$ abschließen. Während seines zehntägigen Gegenbesuchs in den USA im September 2000 kam Premierminister Vajpayee zu der seltenen Ehre, eine Rede vor dem US-Kongress zu halten.

4.3 Die Fortsetzung des Annäherungsprozesses unter Präsident George W. Bush

Mit der Amtsübernahme von George W. Bush im Januar 2001 verbesserten sich die Aussichten auf eine Konsolidierung und Beschleunigung der Annäherung weiter. Die neue Regierung Bush brachte erhebliche Bedenken gegen die verbliebenen Sanktionen gegen Indien mit ins Amt sowie die erklärte Absicht, die US-amerikanischen Beziehungen zu alliierten und befreundeten Staaten auszubauen. Hinzu kam ein erhebliches Misstrauen gegenüber China und seinem ökonomischen und politischen Aufstieg sowie eine tiefe Skepsis gegenüber verschiedenen Elementen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes wie dem Atomteststoppabkommen (Comprehensive Test Ban Treaty – CTBT).

In der Tat kam es 2001 zu einer weiteren deutlichen Verbesserung der Beziehungen.

Der Nukleardialog blieb zwar auf der Agenda, wurde aber in einer sachlichen, „low-key“-Form fortgesetzt. Die Aufforderung an New Delhi zu deutlichen Schritten, wie z.B. der Zeichnung des Atomteststoppabkommens, wurde ersetzt durch die Diskussion von Präsident Bushs Vorschlag eines „new strategic framework“. Das Sanktionsregime kam (zumindest weitgehend) zu einem zügigen Ende, und die Verteidigungskooperation wurde wieder aufgenommen. Allerdings führten die Terroranschläge vom 11. September und die darauf folgende Erneuerung der engen US-amerikanisch-pakistanischen Beziehungen sowie die zunehmenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan gegen Ende 2001 zu einer erneuten Belastung der Beziehungen.

4.3.1 Der Beginn einer sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Washington und Delhi

Während die Anfänge der Militärbeziehungen zwischen den USA und Pakistan bereits in die 1950er-Jahre zurückgehen, ist die Verteidigungskooperation zwischen Washington und Delhi ein Produkt der vergangenen Dekade. 1995 wurden gemeinsame Arbeitsgruppen (joint Indo-U.S. steering committees) eingerichtet, um die

Beziehungen zwischen den Streitkräften einschließlich Besuchsaustausch, technischer Kooperation und gemeinsame Manöver zu entwickeln und zu koordinieren.⁴⁵ Die Arbeit dieser Komitees wurde 1998 nach den indischen Nukleartests wieder eingestellt. Dagegen machte die neue Regierung Bush von Anfang an deutlich, dass für sie die US-amerikanisch-indischen Beziehungen auch eine wichtige verteidigungspolitische Komponente haben müssten.

Zu diesem Zweck gab es seit 2001 eine ganze Reihe verschiedener Besuche hochrangiger Vertreter der Verteidigungsestablishments beider Seiten. Von besonderer Bedeutung war die Wiederaufnahme der Treffen der Defense Policy Group (DPG), der Schlüsselinstitution für die gemeinsame Verteidigungszusammenarbeit im Dezember 2002 – nach fünf Jahren Pause.

Im Laufe der Jahre 2002 und 2003 haben die USA und Indien verschiedene gemeinsame Manöver durchgeführt, u.a. gemeinsame Luftwaffenübungen. Auch die suspendierte Lieferung von Rüstungsgütern kehrte auf die Tagesordnung zurück. Im Februar 2003 gab die US-Regierung die Lieferung von acht „counter battery radar sets“ bekannt. Auf der indischen Wunschliste stehen u.a. Motoren und andere Systeme für leichte Kampfflugzeuge und Fluggerät der indischen Marine sowie das Raketenabwehrsystem „Patriot“.

Die Verteidigungskooperation wird allerdings kaum zu einer militärischen Allianz führen – eine solche wäre allenfalls in ferner Zukunft denkbar –, sollte sie überhaupt von einer der beiden Seiten jemals angestrebt werden.

4.3.2 Der 11. September und die Folgen für die US-Beziehungen zu Indien

Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington hat Premierminister Vajpayee die uneingeschränkte Solidarität Indiens mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht und jede Unterstützung einschließlich der Nutzung indischer Militärbasen für die folgende US-amerikanische Militäraktion in Afghanistan angeboten. Beides war in der Form nicht erwartet worden und wurde in Washington sehr positiv registriert.

Doch nicht die indische, sondern die pakistanische Kooperation (neben der Unterstützung zentralasiatischer Staaten) war für die Militäraktion und noch mehr für die Informationsbeschaffung über das Taliban-Regime und Al Qaeda unabdingbar. Ein wichtiger Schritt der US-Außenpolitik war denn auch die Wiederbelebung der alten pakistanisch-US-amerikanischen Kooperation. Allerdings hatte die Regierung

⁴⁵ Daneben gab es zwei weitere Abkommen im Bereich der Sicherheitskooperation: 1997 unterzeichneten Washington und New Delhi ein bilaterales Abkommen über die Auslieferung flüchtiger Krimineller, ein wichtiger Schritt im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Drogenhandel. Im Januar 2000 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus eingerichtet.

Bush schon vor dem 11. September klargemacht, nicht auf eine „India-only“-Politik zu setzen, sondern auch Pakistan nicht zu ignorieren.

Die rasche und tief greifende Wiederbelebung der alten pakistanisch-US-amerikanischen Kooperation nach dem 11. September wurde in Delhi misstrauisch verfolgt. Die indischen Sorgen wurden noch größer nach einem Anschlag auf das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Delhi. Indien bezichtigte Pakistan einer Teilverantwortung an diesen Anschlägen und betrachtete die Reaktion Washington darauf – zumindest was die Rolle Islamabad's daran betraf – als unzureichend.

Gerade der US-amerikanische Fokus auf die Terrorismus-Bekämpfung hat die indisch-US-amerikanischen Beziehungen noch komplizierter gemacht. Obwohl Washington und New Delhi schon im Jahre 2000 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gebildet hatten, erweist sich die Zusammenarbeit in diesem Bereich voller Fallstricke. So hat es die Gefahr erhöht, dass Washington stärker als jemals zuvor in den indisch-pakistanischen Konflikt hineingezogen zu werden droht. Indien war bereits vor dem 11. September zunehmend verärgert über die Weigerung Washingtons, Pakistan zu einem Land zu erklären, dass Terroristen unterstützt. Verschiedene militante Organisationen wie die Lashkar-e-Taiba (LET, Armee der Frommen) und die Jaish-e-Muhammad (JEM, Soldaten Mohammeds) operieren in Kaschmir von Pakistan aus.

Delhi war erheblich irritiert, als Washington nach dem Angriff auf das Unions-Parlament Indien zur Zurückhaltung aufforderte und Pakistan in seiner Forderung unterstützte, Islamabad Beweise einer Verwicklung Pakistans in den blutigen Anschlag vorzulegen. Indien warf Washington daraufhin vor, unterschiedliche Maßstäbe bei der Einstufung von Terroristen anzulegen („double standards“). Für Delhi steht es außer Frage, dass Pakistan zumindest in der Vergangenheit in Kaschmir operierende Terrorgruppen erheblich unterstützt hat. Entsprechend groß war die Verärgerung in Delhi, als die Regierung Bush die LET und JEM zwar auf die Terrorliste (des Office of Foreign Assets Control) setzte,⁴⁶ sie aber als „staatenlose“ (!) Terrororganisationen bezeichnete.

4.4 Ausblick: Vertiefung der indisch-US-amerikanischen Partnerschaft

Ohne jeden Zweifel haben sich die indisch-US-amerikanischen Beziehungen seit Mitte der achtziger Jahre erheblich verbessert. Allerdings war diese Annäherung kein linearer Prozess, sondern glich eher einer Achterbahnfahrt mit ausgeprägten Höhen und Tiefen. Dem Honeymoon in der Folge des Amtsantritts von George W. Bush und seiner republikanischen Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 2001 folgte im Herbst die Ernüchterung. Die neuen Prioritäten der US-amerikanischen

⁴⁶ Damit ist es untersagt, diese Gruppen materiell zu unterstützen. Finanzinstitute in den USA müssen die Guthaben dieser Organisationen in den USA einfrieren. Vertreter dieser Gruppen kann die Einreise in die USA verweigert werden.

Außenpolitik nach den Terroranschlägen vom 11. September führten zu erheblichen Verstimmungen in Delhi, insbesondere die Wiederbelebung der engen Kooperation mit Pakistan, das von Indien des Terrorismus bezichtigt wird. Die USA brauchen die Kooperation beider Länder für den Kampf gegen den Terrorismus, der selbst in Afghanistan noch lange nicht gewonnen ist, daher die massive Intervention Washingtons, als nach mehreren Terroranschlägen in Indien der vierte indisch-pakistanische Krieg drohte. Eine teilweise oder gar komplette Sperrung des Luftraumes insbesondere über Pakistan hätte die US-Operationen in Afghanistan erheblich erschwert. Angesichts der Komplexität und der Virulenz des Grundkonflikts über die Zugehörigkeit Jammu und Kaschmirs dürfte es weder zurzeit noch voraussichtlich in der näheren Zukunft eine ernsthafte US-Initiative zur Beilegung dieses Konflikts geben. „Dabei könne man sich nur die Finger verbrennen“, ist von Experten innerhalb und außerhalb der Regierung zu hören.⁴⁷ Mit Erleichterung wurden in Washington die zunehmenden Zeichen einer indo-pakistanischen Annäherung registriert. Diese umfassen die Wiederaufnahme der direkten Verkehrsbeziehungen, den Waffenstillstand von Ende November 2003 entlang der LAC in Kaschmir sowie Präsident Musharraf's Ankündigung, künftig die aus den 1950-Jahren stammende Forderung Islamabad's nach einem Plebiszit über die Zukunft Kaschmirs aufzugeben.

Eine Reihe von Mitgliedern der neuen Regierung Bush betrachten Indien als potenziellen Partner zur Erhaltung der Stabilität in Südasien und im Bereich des Indischen Ozeans, insbesondere im Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus, aber auch als potenzielles Gegengewicht eines aufsteigenden China. Das Pentagon hatte sich bereits seit längerem für eine engere militärische Zusammenarbeit ausgesprochen. Nach dem Wegfall fast aller Sanktionen Ende 2001 ist dieser Weg bereits beschritten worden. Daneben werden die Wirtschaftsbeziehungen immer wichtiger für das bilaterale Verhältnis. Der Handel mit und die US-Direktinvestitionen in Indien wachsen schnell – insbesondere im Technologiesektor.⁴⁸

Tab. 2: US-Programme für Indien (in Mio. US\$)

	Haushaltsjahr 2001	Haushaltsjahr 2002	Haushaltsjahr 2003
Development Assistance	53.398	70.878	75.185
Economic Support Fund	4.989	7.000	25.000
International Military Education and Training	0.498	1.000	1.000
Foreign Military Financing	-	-	50.000

Quelle: Congressional Research Service.

⁴⁷ So z.B. Stephen Cohen von der Brookings Institution und vormals im Planungsstab des State Departement gegenüber dem Autor.

⁴⁸ Allerdings noch nicht vergleichbar mit dem Wachstum der Wirtschaftsbeziehungen der USA mit China.

Südasiens steht auch nach der weitgehenden Beendigung der US-amerikanischen Militäraktionen in Afghanistan weit oben auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda Washingtons. Die Lage in Afghanistan wird auf absehbare Zeit labil bleiben.

Die Annäherung an Indien dürfte sich weiter vertiefen. Washington und Delhi sehen beide einen Vorteil in einem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen. Allerdings gibt es weiterhin größere Divergenzen über Pakistan, Kaschmir und die Bekämpfung des Terrorismus, die sobald nicht auszuräumen sein werden.

Allerdings ist Indien nicht bereit, für eine engere Kooperation mit den USA auf eigene strategische Optionen für die Zukunft zu verzichten. Parallel zum Ausbau seiner Partnerschaft mit Washington ging Delhi daran, seine Beziehungen zu Peking auszubauen. So war Delhi auch nicht bereit, die von Washington gewünschten Soldaten in Divisionsstärke zur Friedenssicherung in den Irak zu entsenden.

5 Dreiecksinteressen der Drei und Perspektiven für das Mächtedreieck

Die Krux des neuen Machtdreiecks zwischen Indien, China und den USA ist die Sorge eines jeden Akteurs, die beiden anderen könnten sich gegen ihn verbünden.⁴⁹ Diese Befürchtung besteht auf allen drei Seiten, ist aber besonders groß bei den beiden schwächeren Akteuren China und Indien.

Diese haben daher beide Anstrengungen unternommen, um der perzipierten Kooperation der jeweils anderen Seite mit den USA entgegenzuwirken. Das neue Dreieck ist noch im Entstehen begriffen. Noch sind die dominierenden Aspekte der Beziehungen bilateraler Natur. In den indisch-chinesischen Beziehungen ist es die ungeklärte Grenzfrage und die chinesische Militärkooperation mit Pakistan – beides berührt die USA nur indirekt. In gleicher Weise haben die zentralen Fragen in den sino-US-amerikanischen Beziehungen – Handel, Menschenrechte, Nordkorea, Taiwan – wenig mit Indien zu tun. Auch wichtige Themen der indisch-US-amerikanischen Beziehungen – Kampf gegen Terrorismus, Wirtschaftskooperation – interessieren in Peking nur am Rande. Im Fall der USA kann festgestellt werden, dass zumindest bis Mitte 1998 die US-amerikanische China- und Indienpolitik auf jeweils völlig unterschiedlichen Gleisen erfolgte. Es wurde wenig Zeit auf die Analyse der möglichen Auswirkungen der US-amerikanischen Chinapolitik auf Delhi und umgekehrt der US Indienpolitik auf Peking verwandt. So kam es in Washington für einige in der US-Regierung und im Kongress überraschend, als man sich Mitte 1998 in einer so nicht beabsichtigten Koalition mit China gegen Indien wieder fand.

Das neue Mächtedreieck ist asymmetrisch in zweierlei Hinsicht: Zum einen sind die Befürchtungen auf indischer und chinesischer Seite über eine Verbindung des

⁴⁹ Ein solches Dreiecksverhältnis hatte es während des Kalten Krieges zwischen den USA, der Sowjetunion und China gegeben.

jeweils anderen mit den USA deutlich größer als die US-Sorgen wegen einer indisch-chinesischen Allianz. Der nahe liegende Grund ist in der deutlich größeren Macht der USA zu sehen. Dennoch gibt es auch in den USA mittlerweile einige, die zumindest die Möglichkeit einer engeren Kooperation zwischen Peking und Delhi zu Lasten der USA für die Zukunft nicht ausschließen. In einer offiziellen Erklärung des Pentagons während der ersten Regierung Clinton wurde als fortdauerndes US-Interesse in der asiatisch-pazifischen Region beschrieben, „the rise of any hegemonic power or coalition“ zu verhindern.⁵⁰ Ähnliches findet sich im Quadrennial Defense Review Report (QDR) des US-Verteidigungsministeriums vom 30. September 2001.⁵¹

Delhis Befürchtung bezieht sich im Wesentlichen darauf, dass Washington eine größere Rolle Chinas in Südasien unterstützen könnte, z.B. bei dem Versuch, den indisch-pakistanischen Konflikt dauerhaft zu entschärfen. Pekings größte Sorge besteht hingegen in der Möglichkeit, dass Indien ein wichtiges Element in einer von den USA gesteuerten und gegen Peking gerichteten *containment*-Strategie werden könnte, um den Aufstieg Chinas zu verhindern.

Die zweite Asymmetrie besteht darin, dass das wechselseitige Interesse an den gemeinsamen Beziehungen in Washington und Peking sehr viel größer ist. Seit über einem Jahrhundert sind die USA politisch, militärisch und wirtschaftlich in Ostasien engagiert. Das politische Engagement der USA in Südasien ist dagegen deutlich jüngeren Datums und die wirtschaftliche „Entdeckung“ Indiens durch die USA allerjüngsten Datums, seit die Anfang der 1990er-Jahre eingeleiteten Wirtschaftsreformen erste Früchte tragen. 1999 betrug der US-amerikanisch-indische Handel nur 13,3 Prozent des sino-US-amerikanischen Handelsaustauschs.

Die Situation für Peking ist vergleichbar. Die chinesischen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA waren entscheidend für den Wirtschaftsboom im Reich der Mitte, und damit für den Aufstieg Chinas während die Wirtschaftsbeziehungen zu Indien bis vor wenigen Jahren kaum existent waren. Auch Chinas politisches Interesse an Ostasien und den USA ist traditionell deutlich stärker ausgeprägt als an Südasien – mit der Ausnahme Tibets. China dürfte wenig Interesse daran haben, durch ein „ganging up“ mit Indien gegen die USA, die für den eigenen Aufstieg so vorteilhaften Beziehungen zu Washington aufs Spiel zu setzen.

In den kommenden Jahren dürfte ein weiterer ökonomischer und in der Folge auch politischer Aufstieg Chinas zu erleben sein. Inzwischen scheint auch Indien den wirtschaftlichen Anschluss gefunden zu haben. Mit einem Wachstum von zuletzt über acht Prozent hat Indien inzwischen die hohen Wachstumsraten Chinas erreicht. Vor dem Hintergrund dieser Dynamik der beiden bevölkerungsreichsten

⁵⁰ Office Secretary of Defense for International Security Affairs, *East Asia and Pacific Region, United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region*, February 1995, S.5.

⁵¹ United States department of Defense, *Quadrennial Defense Review Report*, September 30, 2001, www.dod.gov/pubs/qdr2001.pdf.

Länder der Welt und den USA als alleiniger Supermacht mit erheblichen Interessen in Asien fällt die Prognose nicht schwer, dass die Bedeutung des Mächtedreiecks Indien – China – USA für Asien, aber auch auf globaler Ebene in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Eine Entwicklung, die auch in Europa im Auge behalten werden muss.

Tab. 3: Sicherheitsallianzen in Asien

I. Sicherheitsallianzen der USA
Japan: <i>Mutual Cooperation and Security Treaty</i> (1951/1960)
Südkorea: <i>Mutual Cooperation and Security Treaty</i> (1954)
Australien und Neuseeland: <i>ANZUS Treaty</i> (1951)
Philippinen: <i>Mutual Defense Treaties</i> (1951, 1983) und <i>Visiting Forces Agreement</i> (1999)
Thailand: informelles <i>Rusk-Thanat Communiqué</i> (1962), verpflichtet die USA zur Verteidigungshilfe
Taiwan: Sicherheitsgarantien im <i>Taiwan Relations Act</i> (1979)
II. Sicherheitsallianzen ohne Beteiligung der USA
China-Pakistan: <i>Friendship and Non-Aggression Treaty</i> (1960)
China-Nordkorea: <i>Friendship and Non-Aggression Treaty</i> (1951)
China-Myanmar (Birma): <i>Friendship and Non-Aggression Treaty</i> (1961)
Großbritannien-Australien-Malaysia-Neuseeland-Singapur: <i>Five-Power Defense Arrangement</i> (1971)
Großbritannien-Brunei: <i>Treaty of Friendship</i> (1979)
Großbritannien-Myanmar (Birma): <i>Treaty of Friendship</i> (1979)
Australien-Papua-Neuguinea: <i>Status of Forces Agreement</i> (1976, aktualisiert 1990)
Australien-Indonesien: <i>Security Cooperation Agreement</i> (1995)
Neuseeland-Samoa: <i>Treaty of Friendship</i> (1962)
Vietnam-Kambodscha: <i>Peace, Friendship, and Cooperation Treaty</i> (1979)
Vietnam-Laos: <i>Peace, Friendship, and Cooperation Treaty</i> (1977)
Indien-Nepal: <i>Treaty of Peace and Friendship</i> (1950)
Indien-Russland: <i>Treaty of Peace and Friendship</i> (1950), <i>Treaty of Cooperation and Mutual Friendship</i> (1971, erneuert 1991)
Russland-Kasachstan-Kyrgisien-Tadschikistan-Uzbekistan-Armenien: <i>Commonwealth of Independent States Collective Security Agreement</i> (1992)
Russland-Nordkorea: <i>Treaty of Cooperation and Mutual Friendship</i> (1961, revidiert 1993)
Russland-Mongolei: <i>Treaty of Cooperation and Mutual Friendship</i> (1993)
Russland-Vietnam: <i>Cooperation and Friendship Treaty</i> (1978)
III. Multilaterale Strukturen mit gewissen sicherheitspolitischen Aspekten
ASEAN — <i>Association of Southeast Asian Nations</i> : Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Myanmar (Burma), Philippine, Singapur, Thailand, Vietnam, Malaysia
ASEAN+3: <i>ASEAN plus China, Japan, Südkorea</i>

<i>APEC — Asia Pacific Economic Community:</i> Australien, Brunei, Kanada, Chile, China, HongKong, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Russland, Singapur, Taiwan, Thailand, USA, Vietnam
<i>SAARC — South Asian Association for Regional Cooperation:</i> Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2004

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

Beate Bergé	Peter Lehr
Joachim Betz	Hans Christoph Rieger
Dirk Bronger	Jakob Rösel
Jona Aravind Dohrmann	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Jörg Joswiak	Günter Schucher
Clemens Jürgenmeyer	Christian Wagner
Pia Kleis	Johannes Wamser
Elena Koch	Hans-Georg Wieck
Heinrich Kreft	Wolfgang-Peter Zingel
Oliver Lamprecht	



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-306-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

<p>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).